

Tahas «Republikanische Brüder» inspi...

Die gewaltfreie Massenbewegung im Sudan von 1983 bis 1985 wurde wesentlich durch den Sufi, Antikolonialisten und libertären Interpreten des Koran, Mahmud Mohammed Taha, und seine Organisation *Republikanische Brüder* geprägt. Ihr gelang es, die Militärdiktatur Dschafar an-Numairis, der seine Tyrannei als säkular-sozialistischer Putschist in der Tradition der jungen Offiziere von Nasser bis Gaddafi begründete, aber später als Verbündeter der Muslimbrüder die Scharia einführte, entscheidend zu schwächen. Taha wurde als Ketzer verurteilt und 1985 hingerichtet. Er hatte ein Konzept für ein föderalistisches System entwickelt, das den Krieg zwischen Nord- und Südsudan entschärfte und den späteren Massenmord in Darfur möglicherweise verhindert hätte.

/ Lou Marin /

Mahmud Taha kam aus einer Kleinbauernfamilie im Umkreis der Stadt Ruf'a im Tal des Blauen Nil, ca. 140 km südöstlich von Khartum. Die Familie hatte Beziehungen, die dem Sohn den Besuch weiterführender Schulen ermöglichten, was damals im britisch-kolonialen Sudan die absolute Ausnahme war. Bildung war daher für Taha zeit seines Lebens bedeutsam und wurde in all seine Strategien integriert. Im College hörte Taha von Gandhis Salzmarsh im Jahr 1930. Taha studierte dann in Khartum an einer Schule für Ingenieurwesen. Nach seiner Ausbildung arbeitete er lange Zeit als Ingenieur, oft bei der Eisenbahn. In den Dreissigerjahren organisierte er Bauern und Eisenbahnarbeiter in «Clubs», Vorläufern von Gewerkschaften. Mitte der Fünfzigerjahre gab er seinen Ingenieurberuf ganz auf, um sich nur noch seiner politisch-theologischen Mission widmen zu können.

Antikolonialer Widerstand

Im Jahr 1945 hatte er zusammen mit anderen Intellektuellen bereits die antikoloniale Republikanische Partei (Jumhuri-Partei) gegründet, die sich sowohl gegen die in Parteien umgewandelten Grossfamilienclans und gegen einen

Sudan unter britischer Oberaufsicht als auch gegen eine administrative Einheit mit Ägypten aussprach. Ziel war ein unabhängiger Sudan ohne Bindung an Ägypten oder England. In dieser Zeit war Taha's befreiungstheologisches Programm jedoch noch nicht ausgearbeitet.

Im März 1946 wurden Taha und einige Mitglieder wegen regierungsfeindlicher Propaganda festgenommen. Hier zeigten sich bereits die Mittel der friedlichen Überzeugung, welche die Republikanischen Brüder später in ihren Aktionen und Kampagnen sehr oft anwandten: Die Strategie, derer sich die Republikaner zur Verbreitung ihrer Ideen bedienten, waren Reden auf offener Strasse, in Moscheen, Cafés und Clubs und das Verteilen von Flugblättern.

Bücher und Verfassungsentwürfe

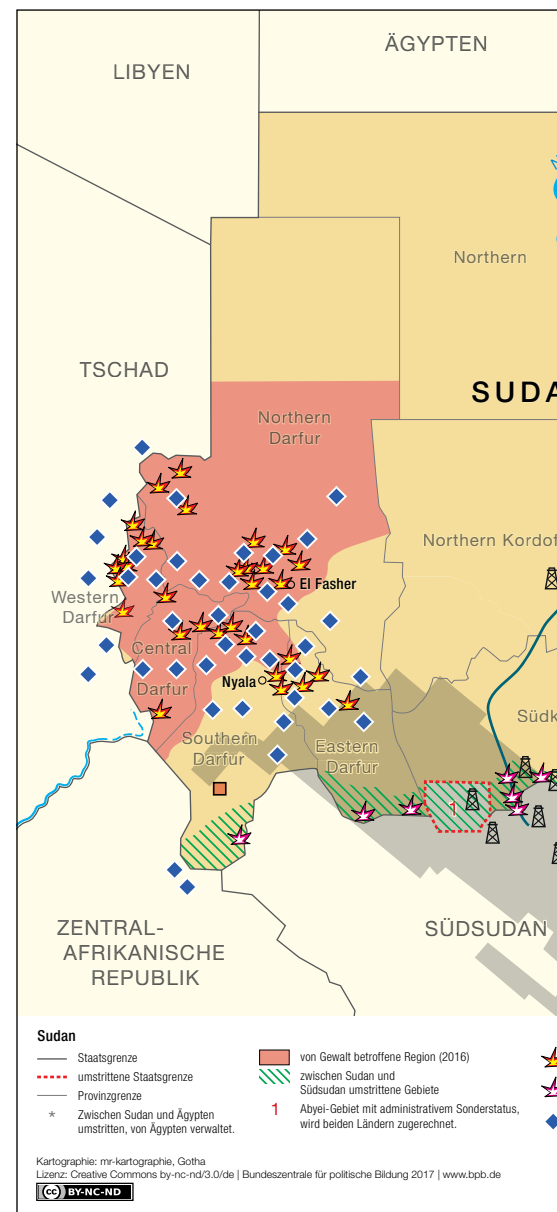
Taha wurde als Verantwortlicher von Unruhen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, von 1946 bis 1948, wo er die klassischen islamischen Schriften und die Sufi-Tradition studierte und einen inneren, meditativen Rückzug begann, der bis 1950 anhalten sollte. Er studierte auch europäische Philosophen, u.a. Darwin und Marx, legte sich aber programmatisch auf sein neues Programm einer vom Sufismus inspirierten, gewaltfrei-libertären Neuinterpretation des Islam fest. Die Republikanische Partei wurde von einer politischen Partei in eine soziokulturelle Strömung umgewandelt, die späteren Republikanischen Brüder (und Schwestern).

Es folgten nun erste wichtige Buchveröffentlichungen Taha's: 1952 rief er in *Say: this is my way* nicht mehr zum gewaltsamen Jihad, sondern explizit zum zivilen Ungehorsam gegen die britische Kolonialmacht auf. 1955, ein Jahr vor der Unabhängigkeit des Sudan, arbeitete er eine Verfassung aus, die aber nicht übernommen wurde. Sie war föderalistisch ausgerichtet, in ihr hatten regionale Körperschaften sogar das Recht, das Zentralparlament aufzulösen.

Drei Machtzentren im Sudan

Während des britischen Kolonialismus war die politisch-soziale Macht im nördlichen islamisierten Sudan durch kolo-

niale Patronage an zwei alteingesessene Grossfamilienclans, die *Hatmiya* und die *Ansar*, übergegangen. Ihnen wurde Grossgrundbesitz zugeteilt und sie konkurrierten auch später im unabhängigen Sudan miteinander um die Macht. Ein weiterer Bestandteil der britischen Politik des «Teile und herrsche» war die bewusste Christianisierung des bis dato animistischen sudanesischen Südens als Gegenpol zum islamischen Norden. Als Gegenteil zur britischen Politik entstanden in den 1940er-Jahren die islamistisch-fundamentalistischen *Mus-*



pirierten die Revolte

limbrüder als dritte Machtgruppierung im Norden.

Während die Hatmiya nun im Zuge der mit Machterhaltungsinteressen verknüpften Entkolonialisierung eine Vereinigung des Sudan mit dem Hatmiya-freundlichen Ägypten anvisierte, die Ansar einen Sudan unter britischer Patronage wollten und die Muslimbrüder einen islamistisch verfassten territorialen Einheitsstaat anstrebten, waren die Republikanischen Brüder von Mahmud Taha die einzige antikoloniale Kraft, die eine föderalistische Republik

mit weitgehender Autonomie für den Südsudan anstrebte.

Ein Militärputsch nach dem andern

Die Strömung Tahas konnte sich mit dieser Vision jedoch nicht durchsetzen, und so nahm die Katastrophe im 1956 unabhängig gewordenen Sudan ihren Lauf: Die von den zwei Grossfamilien dominierten Parteien konkurrierten auf Kosten der Unterschichten und des Südens um die Macht; im Süden nahm ab 1963 eine Guerilla den Kampf auf, im Norden wurden die Muslimbrüder immer stärker und forderten die Einführung der Scharia für den gesamten Sudan. Gegen dieses Chaos putschte das sudanesisch Militäre zweimal: 1958 (General Abbud) bis 1964 (sogenannte Oktoberrevolution, durch die Abbud gestürzt wurde) und 1969 (Oberst Dschafar an-Numairi) bis 1985 (Aufstand und Absetzung an-Numairis).

Es gehört zu den taktischen Widersprüchen der programmatisch gewaltfreien Republikanischen Brüder, dass sie den Putsch an-Numairis 1969 ursprünglich zwar nicht mit vorbereitet hatten oder daran beteiligt waren, ihn wohl aber zunächst mit relativ freundlichen Erklärungen rechtfertigten. Der Widerstand gegen die traditionellen Grossfamilien und ihre Parteien einerseits und gegen den Fundamentalismus der Muslimbrüder andererseits war der Taha-Strömung zeitweise wichtiger als der gegen die Militärrégimes.

Die Einführung der Scharia

Erst als der anfangs laizistische Militärdiktator an-Numairi in einem konservativen Kurswechsel ab 1977 mit einer Politik der Nationalen Versöhnung führende Muslimbrüder in seine Regierung aufnahm und nun selbst die Scharia einführte, den Sudan also zum islamistischen Staat erklärte, gingen die Republikanischen Brüder auf radikalen Oppositionskurs zu an-Numairi. Die Gegnerschaft zu den sudanesischen islamisch-fundamentalistischen Muslimbrüdern unter Hasan al-Turabi und die Absicht Letzterer, einen religiösen Staat mit den Hadd-Körperstrafen wie öffentliche Auspeitschung, Hand- und Fussab-



hacken etc.) einzuführen, bestimmte daher auch die politischen Positionen von Taha und den Republikanischen Brüdern unter dem Militärrégime an-Numairis seit dessen Putsch bis zu dem Zeitpunkt, an dem an-Numairi schliesslich selbst die Muslimbrüder in seine Regierung integrierte und die Hadd-Strafen einführte, wodurch sich dann der Widerstand Tahas gegen an-Numairi zuspitzte.

Zur Vorgeschichte des Putsches

Taha hatte in einer aktuellen politischen Schrift (*Das Problem des Mittleren Ostens*) direkt nach dem Sechstagekrieg 1967 zwischen Israel und Nassers Ägypten eine Position eingenommen, die wiederum gegen die Position des «kleinen Jihad» der Muslimbruderschaft im Sudan gerichtet war. Tahas Antwort auf diese verheerende und schockierende Niederlage Ägyptens war sowohl pragmatisch wie religiös. Er sah in ihr die Hand Gottes: Es war ein schlimmer Weckruf, um den Arabern (und Muslimen) die Verrücktheit ihres eingeschlagenen Weges aufzuzeigen.

Bis dahin befand sich Taha im Einklang mit einigen Islamisten, die glaubten, dass Gott mit ihnen den Abscheu vor den arabischen säkularen Régimes, besonders des Nasser-Régimes teilte. Jedoch setzte sich Taha von ihnen ab, wenn es um die Lösung des Problems ging, denn anders als die Islamisten unterstützte er kein jihadistisches Modell. Er wollte eher einen gerechten Frieden, der auf der Anerkennung des Rechts Israels basierte, zusammen und parallel mit einem palästinensischen Staat zu existieren.

Fortsetzung Seite 14



Anklage wegen Ketzerei

Diese kurzfristige pragmatische Lösung bettete Taha ein in ein historisches Konzept der progressiven Versöhnung und eine globale Utopie, in der schliesslich alle «menschlichen Spaltungen geheilt» würden. Während Taha sich damit also klar gegen die Muslimbrüder und den «kleinen Jihad» positionierte, näherte sich die korrupte Parteiendemokratie der Grossfamilienclans am Ende der zweiten parlamentarischen Phase des Sudan gerade den Muslimbrüdern an. Die parlamentarische Demokratie war kurz davor, eine neue islamische Verfassung, welche die Installierung der Scharia bedeutet hätte, zu verabschieden.

Am 22. Mai 1969, drei Tage vor dem Putsch an-Numairis, schlug ein Attentatsversuch gegen Taha fehl. Bereits im November 1968 war Taha erstmals wegen Apostasie (*Ridda*, Abwendung vom Islam, Häresie bzw. Ketzerei) von einem islamischen Gericht angeklagt worden. Damals hatten solche Gerichte noch keine rechtlich-bindende Wirkung im Sudan. Taha erschien erst gar nicht zum Prozess. In der dennoch durchgeführten Verhandlung wurde Taha an erster Stelle die Leugnung der Pflicht von Muslimen zum rituellen Gebet vorgeworfen und dass sich Taha selbst davon entbunden habe.

Gegen die Frauen-Diskriminierung

In Wirklichkeit trifft das nur auf die fünf rituellen Tagesgebete zu, die im orthodoxen Islam praktiziert werden müssen. Als Sufi praktizierte Taha jedoch durchaus Gebete als eine Art Meditation, die er allerdings zeitlich in die frühen Morgenstunden verlegte. Des Weiteren spielte insbesondere Tahas Befürwortung der Frauengleichheit eine besondere Rolle in diesem Prozess. So zum Beispiel Tahas Auffassung, das herkömmliche Verständnis des islamischen Rechts diskriminiere die Frauen und seine These, Ehescheidung durch einseitige Verstossung (*talaq*) sei kein ursprünglicher Grundsatz des Islam, da dieser eigentlich auf Gleichberechtigung ziele.

Derweil war die Kenntnis von Tahas Koran-Interpretation bereits weit innerhalb der islamischen Welt verbreitet worden und wurde dort als Bedrohung der Orthodoxie wahrgenommen. Das äusserte sich 1972 in einer Fatwa (islamisches Rechtsgutachten) der Kairoer Azhar-Universität, in der Tahas Denken als

ketzerisch verurteilt und zur Konfiszierung seiner Schriften aufgerufen wurde. Drei Jahre später, am 18. März 1975, kam es zu einer erneuten Fatwa, diesmal ausgesprochen von der Islamischen Weltliga, in der Taha ebenfalls als Apostat bezeichnet wurde. Bezugnehmend auf beide Gutachten forderte im Sudan ein Gremium aus fundamentalistischen Salafiya-Gelehrten und Muslimbrüdern an-Numairi am 3. Januar 1976 auf, Taha den Prozess zu machen. Ein gleichzeitig verfasster Brief an alle Prediger und Imame im Sudan enthielt erstmals offen die Aufforderung, dass «Taha gemäss der Scharia sofort getötet werden müsse».

Weil an-Numairi jedoch seit seiner Verfolgung des Kommunismus beständig nach rechts driftete und er die verloren gegangene kommunistische Basis anderweitig ersetzen wollte, näherte er sich 1977, nur ein Jahr nach einem is-

lamistischen Putschversuch gegen ihn selbst, an die islamistische Opposition an, rief die Nationale Versöhnung aus und führte eine Generalamnestie durch.

Erneuer Bürgerkriegsausbruch

Die Muslimbrüder wurden nun politisch integriert und in die an-Numairi-Regierung aufgenommen, dortige Mitglieder wurden Minister für Bildung, Inneres, Justiz und Religion. Ihr Vordenker Al-Turabi wurde noch im selben Jahr Vorsitzender der Regierungskommission für eine Rechtsrevision, die geltendes Recht mit der Scharia in Einklang bringen sollte. Trotzdem war es an-Numairi selbst, der schliesslich 1983 mit der Einführung der traditionell-islamistischen Hadd-Strafen die Entwicklung zuspitzen sollte, um die inzwischen sehr mächtig gewordenen Muslimbrüder im internen Machtkampf sozusagen durch Übertrumpfung auszubooten.

1982 war es zu Unruhen wegen einer Verschlechterung der Lebensbedingungen gekommen; 1983 brach der Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd erneut aus und die Guerilla im Süden, die SPLA (Southern People's Liberation Army) gründete sich. Während die Einführung der Hadd-Strafen im September 1983 (sogenannte September-Gesetze) mit einer politischen Generalamnestie einherging, wurden Taha und rund 50 weitere Republikaner ohne Anklage verhaftet – wohl eine Massnahme gegen deren potenziellen Protest. Die noch freien Republikaner, Studenten und Lehrkräfte der Universität Khartum verteilten trotzdem Protestflugblätter in Millionenaufgabe. An-Numairi liess im April 1984 den nationalen Ausnahmezustand ausrufen, nachdem eine Streikwelle im Januar alle Berufssparten erfasst hatte.

Die von an-Numairi unter dem Ausnahmezustand gebildeten Notstandsgerichte vollstreckten zwischen August 1984 und März 1985 mehr als einhundert Amputationen wegen Diebstahlvergehen und Tausende von Auspeitschungen wegen angeblicher Verstösse gegen das Alkoholverbot. Häufig genug waren die Urteile willkürlich gefällt worden und selbst nichtmuslimische Südsudanesen waren von der Anwendung der hadd-Strafen betroffen. Die Vollstreckungen wurden oftmals im Fernsehen live übertragen.

Am 19. Dezember 1984 wurden Taha und die Republikaner, die weltweite Solidarität u.a. durch Amnesty International erhalten hatten, bei ei-



Die Kriege im Mittleren Osten und in der afrikanischen Sahelzone treffen vor allem ZivilistInnen und zwingen Millionen zur Flucht. Viele Medien stellen als Handelnde nur die bewaffneten Militärs und Milizen dar, denen eine angeblich passive, ihnen ausgelieferte Bevölkerung gegenübersteht. Dieses Bild lässt zunehmend in Vergessenheit geraten, dass in den arabischen Aufständen 2011 Militärdiktaturen auf gewaltfreie Weise gestürzt oder ins Wanken gebracht worden sind.

Guillaume Gamblin, Pierre Sommermeyer, Lou Marin (Hg.): **Im Kampf gegen die Tyrannei**. Gewaltfrei-revolutionäre Massenbewegungen in arabischen und islamischen Gesellschaften: der zivile Widerstand in Syrien 2011–2013 und die «Republikanischen Brüder» im Sudan 1983–1985. Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2018, 144 Seiten, Fr. 20.50.

ner Massenentlassung wieder freigelassen und protestierten sofort am 25. Dezember mit einem Weihnachtsflugblatt (*Dies oder die Sintflut*) erneut gegen die September-Gesetze, die, so wörtlich, «den Islam entstellen». Taha und vier weitere Republikaner wurden darauf am 5. Januar 1985 unter dem Vorwurf der Volksaufwiegelung wieder verhaftet. Ein diesmal sofort eingerichtetes Sonderstrafgericht verurteilte alle fünf Angeklagten zum Tode durch den Strang. Einziges Beweismittel war das Weihnachtsflugblatt. Offiziell war es der zweite Apostasieprozess gegen Taha und das Todesurteil wurde wegen «erwiesener Apostasie» am 18. Januar 1985 vollstreckt. Tahas Mitangeklagte mussten die Exekution mitansehen und widerriefen ihre Überzeugungen am darauffolgenden Tag.

Tahas Tod besiegelt auch den Sturz des Regimes

Die Exekution Tahas führte im März und April 1985 zu einem massenhaften, von gewerkschaftlichen Kampfmitteln, das heisst Streiks und Demonstrationen, geprägten Aufstand, der letztlich während einer Auslandsreise an-Numairis in einen innermilitärischen Putsch von an-Numairi-Gegnern und damit in die Absetzung des Diktators am 6. April 1985 mündete.

Was die säkularen Kräfte der Opposition anbetraf, war mit Tahas Tod das Schicksal des Regimes besiegelt. Die Gräueltaten und der Abscheu, die von der Mehrheit der Sudanesen gefühlt wurden, waren zweifellos ein wichtiger Katalysator, der zum Sturz des Regimes nur elf Wochen nach seiner Exekution führten. Ein Komitee der Berufsverbände und Gewerkschaften, das sich am Vorabend der Bestätigung des Urteils gebildet hatte, um gegen die Entscheidung zu protestieren und für eine Aussetzung der Exekution zu mobilisieren, bestand fort und führte den Volksaufstand gegen das Regime an. Kurz darauf gewannen Tahas ältere Tochter Asma und sein wichtigster Schüler, Abd al-Latif Umar Hasab Allah, ein konstitutionelles Verfahren, als der Oberste Gerichtshof im November 1986 entschied, dass das Gerichtsverfahren, die Beweisführungen und die legale Basis von Tahas Exekution alle null und nichtig seien.

Bei diesem Beitrag von Lou Marin handelt es sich um Auszüge aus dem zweiten Teil des Buches «Im Kampf gegen die Tyrannei», sie wurden von uns teilweise bearbeitet und mit Untertiteln versehen.

Zur Übersichtskarte auf den nächsten Seiten

Der SIPRI-Bericht 2018 zu UNO-Friedenseinsätzen

Im Vergleich zu 2016 war 2017 (der aktuelle SIPRI-Report bezieht sich jeweils auf das Vorjahr) in Bezug auf Friedenseinsätze, im Feld wie in den Einsatzzentralen, ein hektisches Jahr – besonders für die Vereinten Nationen. Der Personalabbau bei Friedensmissionen, 2012 durch den Rückzug der ISAF aus Afghanistan eingeleitet, hielt weiter an. Insgesamt ging die Zahl 2017 um 4,5 Prozent auf einen Personalstand von 145'911 Kräften zurück. Trotz eines Anstiegs vor 2016 ging die Zahl der UNO-Einsätze 2017 um 7,6 Prozent zurück. Dagegen stieg die Truppenstärke von Nicht-UNO-Missionen um 2,3 Prozent auf insgesamt 47'557 Personen.

2017 wurden 63 Friedensmissionen, also eine mehr als 2016, durchgeführt. Drei UNO-Missionen wurden abgewickelt: UNOCI in der Elfenbeinküste, UNMC in Kolumbien und die UNO-Stabilisierungsmission auf Haiti (MUNUSTAH), wobei die letzten beiden durch kleinere ersetzt wurden (die UNO-Verifikations-Mission UNVMC in Kolumbien und die UNO-Mission zur Unterstützung der Justiz auf Haiti (MINUJUSTH). Nur eine, nicht von der UNO geführte Mission (RAMSI, Solomon-Inseln) endete 2017, während drei neue eingerichtet wurden: ECOMIG (unter Leitung von ECOWAS) in Gambia, die EU-Beratungsmission zu Reformen des Sicherheitsbereichs im Irak (EUAM Irak) und die von der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft geleitete präventive Mission SAPMIL im Königreich Lesotho.

Todesfälle bei Friedensmissionen

Bislang blieben Todesfälle infolge feindlicher Angriffe in erster Linie auf die UNO-Mission in Mali beschränkt. 2017 standen allerdings auch die Stabilisierungsmissionen in der Zentralafrikanischen Republik und in der Demokratischen Republik Kongo vor erheblichen Verlusten. Ein besonderer Tiefpunkt war ein Angriff auf die Militärbasis in Semuliki (Nord-Kivu), bei dem am 7. Dezember 2017 15 tansanische Blauhelme getötet und mindestens 53 verletzt wurden. Insgesamt hatte die UNO einen dramatischen Anstieg an Verlusten aufgrund

feindlicher Akte zu verzeichnen, sowohl in absoluten Zahlen (von 34 im Jahre 2016 auf 61 Tote im Berichtsjahr) als auch im Verhältnis zur gesamten Personalstärke (von 0,31 auf 0,61 pro 1000).

Eine unabhängige Untersuchung über die Sicherheit von Friedenstruppen unter Leitung von Lieutenant General Carlos Alberto dos Santos Cruz liess eine wichtige Frage unbeantwortet: Wie würde die UNO die agilen und mobilen Kräfte für robustere und proaktivere Zwangsmassnahmen bilden, die der Umgang mit diesem zunehmend fordernden Umfeld verlangt?

Die UNO-Blauhelm-Reform und das Budget

Die Reform des Bereichs Friedenseinsätze, einschliesslich der Umsetzung des Berichts des hochrangigen, unabhängigen UNO-Panels zu Friedensmissionen, wurde in der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat auch weiterhin diskutiert. Dabei überschatteten bisweilen zwei andere Entwicklungen die Diskussion: die grössere Gefährdung des an UNO-Friedensmissionen beteiligten Personals und die Bemühungen der US-Administration unter Präsident Donald Trump, das UNO-Budget für Friedensmissionen drastisch zu reduzieren.

2017 konnten UNO-Friedensmissionen wie die Afrika-Einsätze nicht länger von einer «verlässlichen und nachhaltigen Finanzierung» ausgehen. Durch die Budgetkürzungen, die insbesondere von der Trump-Administration verlangt wurden, musste die UNO ihre Strategie in vielen Operationen überdenken. Einige beitragszahlende Staaten hofften, dass diese Einschnitte pragmatisch genutzt würden, um die Peacekeeping-Reform voranzutreiben. Diese Salamtaktik könnte bei einigen Missionen wie MONUSCO oder der gemeinsamen Mission der UNO mit der Afrikanischen Union in Darfur (UNAMID) Blauhelme aber grösseren Risiken aussetzen und die Bevölkerung schutzloser zurücklassen. In dem Fall stellt sich die Frage: Ist es realistisch, von der UNO weiterhin mehr aus weniger zu erwarten, und ist dies das Risiko wert?

SIPRI